

Nachbarschaftspolitik: Russland, Ukraine, Moldau und Belarus

Iris Kempe

Europa steht vor neuen Herausforderungen. Seit der Osterweiterung im Mai 2005 teilt die Europäische Union in weit größerem Ausmaß als bisher unmittelbare Grenzen mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Die neuen EU-Mitgliedstaaten, allen voran Polen und Litauen aber auch die Slowakei und Ungarn, sind besonders an einer leistungsfähigen europäischen Ostpolitik interessiert. Mit der orangenen Revolution in der Ukraine ist im post-sowjetischen Raum eine neue Welle von demokratisch orientierten Systemwechseln zu verzeichnen. Gleichzeitige scheiterte der Kreml daran, seinen Einfluss in der Ukraine mit der Unterstützung einzelner Personen verbunden mit wirtschaftlichem Einfluss und Zugang zu der russischsprachigen Bevölkerung umzusetzen. Die Ukraine und bedingt auch die Republik Moldau versuchen, sich von der russischen Einflussosphäre in Richtung Europa zu emanzipieren. Historisch erstmalig zeichnet sich ein Szenario überlappender Integrationsräume zwischen Russland und dem Westen ab. Daraus ergibt sich zunächst die Frage, wie die EU im zurückliegenden Jahr auf die neuen Herausforderungen in ihrer Nachbarschaft reagiert hat und welche Erwartungen die Nachbarstaaten selbst an die EU haben.

Die europäischen Nachbarschaftspolitiken

Der institutionelle Kern basiert auf dem am 12. Mai 2004 von der Europäischen Kommission verabschiedeten Strategiepapier zur „Europäischen Nachbarschaftspolitik“.¹ Dieses Strategiepapier definiert sowohl die Prinzipien, die geographische Reichweite als auch die Methoden zur Implementierung. Das Papier zählt die Ukraine, die Republik Moldau sowie die Mittelmeerränder geographisch zur europäischen Nachbarschaftspolitik. Belarus wird, solange das autokratische Regime von Präsident Lukaschenko gegen demokratische Minimalstandards verstößt, nur eingeschränkt und mit großen Vorbehalten einbezogen. Russland kommt ihm eine Sonderrolle zu. Geographisch reicht das Strategiepapier weiter als die bisherigen Konzepte. So empfiehlt die Kommission, die Nachbarschaftspolitik auch für den südlichen Kaukasus, insbesondere für Armenien, Aserbaidschan und Georgien, zu öffnen.

Zur Implementierung des Rahmendokuments hat die Europäische Kommission zunächst mit Länderberichten den Stand der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation sowie das bilaterale Verhältnis zur EU evaluiert.² Da diese Einschätzungen bereits im Mai 2004 veröffentlicht wurden, konnte die Kommission die erdrutschartigen Entwicklungen in der Ukraine im Herbst 2004 nicht mehr berücksichtigen. Die Länderberichte waren Grundlage für die am 9. Dezember vorgestellten nationalen Aktionspläne. Ihr Ziel es ist, die jeweiligen bilateralen Beziehungen zwischen der EU und ihren Nachbarstaaten durch passgenaue Kooperation zu intensivieren. Für die Ukraine setzt der Aktionsplan die Schwer-

¹ European Neighbourhood Policy. Strategy Paper. Communication from the Commission, Brussels, 12.5.2004 COM(2004) 373 final.

² Country Report Ukraine, Commission Staff Working Paper, European Neighbourhood Policy, SEC(2004) 566 Brussels, 12.5.2004. Country Report Moldova, Commission Staff Working Paper, European Neighbourhood Policy, SEC(2004) 567 Brussels, 12.5.2004.

punkte auf die Unterstützung demokratischer Wahlen, die Stärkung der Medienfreiheit, den Beitritt zur Welthandelsorganisation, die Beseitigung von tarifären Handelshemmnissen, Steuerreformen sowie die Vereinfachung der gegenseitigen Visabestimmungen.³ Oberste Priorität des moldauischen Aktionsplanes sind Bemühungen zur Bewältigung des Transnistrienkonflikts, die Bekämpfung der organisierten Kriminalität sowie die Eindämmung der Migration.⁴ Die für drei Jahre gültigen Aktionspläne sollen mit dem jeweiligen Nachbarstaat unterzeichnet werden und ihre Umsetzung wird durch ein Monitoring im Rahmen der Partnerschafts- und Kooperationsabkommen überprüft. Bis 2007 sind die Aktionspläne nicht zusätzlich budgetiert, ihre Umsetzung muss aus dem laufenden EU-Haushalt finanziert werden.

Um das globale Selbstverständnis des Kreml in Rechnung zu stellen, entwarfen Brüssel und Moskau das Konzept der vier „Gemeinsamen Räume“, dem gemeinsamen Wirtschaftsraum, dem Raum der inneren Sicherheit, der äußeren Sicherheit sowie dem Forschungs-, Bildungs- und Kulturraum.⁵ Inhaltlich unterscheiden sich die vier „Gemeinsamen Räume“ nicht fundamental von den Aktionsplänen der Nachbarschaftspolitik. Beide Konzepte beinhalten weitmögliche Optionen für die bilaterale Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland ohne dabei Perspektiven für eine institutionelle Mitgliedschaft aufzuwerfen. Das Konzept der vier „Gemeinsamen Räume“ wurde seit dem EU-Russland-Gipfel im November 2003 diskutiert. Auf dem Gipfel in Den Haag am 25. November 2004 scheiterte die Verabschiedung zunächst an den Interessengegensätzen zwischen Russland und der EU in Bezug auf die Ukraine. Die Gegensätze zwischen gemeinsamen Interessen und Differenzen hinsichtlich demokratischer Wertevorstellungen brachten die bilateralen Beziehungen an ihren Tiefpunkt, den beide Seite erst auf dem Folgetreffen am 10. Mai 2005 mit der Unterzeichnung des Abkommens überwinden konnten. Zunächst kann dieser Verhandlungserfolg als Durchbruch in den bilateralen Beziehungen bewertet werden, dessen Stärke vor allem in richtungweisenden Absichtserklärungen liegt. Dabei kann aber über das Fehlen an erforderlichen neuen Strategien nicht hinweggetäuscht werden. Das Konzept beantwortet nicht, wie Europa und Russland ihre Differenzen über unterschiedliche Wertvorstellungen überwinden können und wie beide Seiten die künftige politische Landkarte in einem Gesamteuropa der sich überschneidenden Integrationsräume definieren.⁶ Gleichzeitig ist das Verhältnis zwischen Russland und den europäischen Anrainern auch nach deren EU-Beitritt angespannt. Der Kreml bewertet die ukrainischen Präsidentschaftswahlen sowie die Annäherung Kiews an Europa als eine Gefahr für das postsowjetische Imperium. Ebenso sensibel gestalten sich die baltisch-russischen Beziehungen. Estland boykottierte die Moskauer Feierlichkeiten am 9. Mai 2005 zum Ende des 2. Weltkrieges. Obwohl es am 18. Mai 2005 gelang, den estnisch-russischen Grenzvertrag zu unterzeichnen, stehen der Ratifizierung auf beiden Seiten zahlreiche Interessengegensätze im Wege. Die Unterzeichnung des lettisch-russischen Grenzvertrags steht noch aus. Seit der Osterweiterung sind die bilateralen Querelen und die damit verbundenen historischen Erblasten auch zu einem europäisch-russischen Problem geworden.

Der größte Fortschritt der europäischen Nachbarschaftspolitik ist, dass das Thema zum festen Bestandteil der europäischen Agenda geworden ist, die EU ihren Handlungsbedarf jenseits der derzeitigen Grenzen klar erkannt hat und den Nachbarstaaten damit theoretisch das größtmögliche Angebot der Kooperation jenseits der institutionellen Annäherung oder der Mitgliedschaft unterbreitet. Dennoch wird die Nachbarschaftspolitik jenseits der offiziellen

3 Proposed EU/ Ukraine Action Plan, Brussels 09.12.2004.

4 Proposed EU/ Moldova Action Plan, Brussels 09.12.2004.

5 Conclusion – For „Common Spaces, EU-Russia Summit, Moscow, 10 May 2005, in: http://europa.eu.int/comm/external_relations/russia/summit_05_05/index.htm#ces1.

6 Dmitrij Danilow: Doroschnye Karty, vedusschtsche v nikuda, in: *Nezavsimaja Gazeta*, Nr. 101, 24. 5. 2005.

EU-Erklärungen kritisch eingeschätzt. Enttäuscht wurden insbesondere die Erwartungen jener Nachbarstaaten, vor allem der Ukraine und der Republik Moldau, deren erklärtes politisches Ziel ein EU-Beitritt ist. Während in der Ukraine die demokratische Opposition im Dezember 2004 getragen von Massenprotesten für freie und faire Wahlen kämpfte, orientierte sie sich an europäischen Werten und Normen. Damit kam die Ukraine gleichzeitig wichtigen Forderungen der EU nach, Demokratie und Zivilgesellschaft zu stärken. Das Ungleichgewicht zwischen der demokratischen Transformation in der Ukraine und dem Festhalten der Europäischen Kommission am bisherigen strategischen Rahmen der Nachbarschaftspolitik veranlasste das Europäische Parlament am 13. Januar 2005 zu einer Resolution über die Wahlen in der Ukraine.⁷ Insbesondere forciert von den neuen Mitgliedstaaten votierte das Parlament mit Zweidrittelmehrheit dafür, dass die Kommission die politischen Veränderungen in der Ukraine im Aktionsplan berücksichtigen soll.⁸ Das Parlament forderte die institutionelle Anbindung der demokratischen Ukraine an die EU bis hin zu einer Assoziierung.

Das größte Defizit der Nachbarschaftspolitik besteht einerseits in der fehlenden institutionellen Anknüpfung sowie andererseits in der geographischen Überdehnung des Konzepts von der Barentssee bis nach Nordafrika. Zwar versucht die Kommission regionale Unterschiede mit Hilfe der Länderstrategien zu berücksichtigen, allerdings verdeutlichen sowohl der demokratische Umbruch in der Ukraine als auch das zunehmend autokratische Lukaschenko-Regime in Weißrussland oder Russlands Selbstverständnis als globaler Akteur die inhaltlichen und territorialen Grenzen der europäischen Nachbarschaftspolitik.

Die Ukraine während und nach der Revolution in Orange

In Ergänzung zu den Großstrategien ihrer Nachbarschaftspolitik (Ukraine und Republik Moldau) und den vier „Gemeinsamen Räumen“ (Russland) reagierte die EU auf die jeweils aktuelle politische Lage – insbesondere auch auf Krisen und Konflikte in den Nachbarstaaten.

Die Ukraine befand sich nach den Präsidentschaftswahlen in einer tief greifenden nationalen Krise. Während die Massen auf der Straße um demokratische Werte kämpften, suchten die ukrainischen Spitzenpolitiker nach einem Ausweg aus der Krise, deren Eskalation auch unkalkulierbare internationale Belastungen nach sich gezogen hätte. Schon nach dem ersten Wahlgang am 31. Oktober äußerte die europäische Ratspräsidentschaft ihre Besorgnis über Verletzungen demokratischer Minimalstandards in der Ukraine.⁹ In der Stichwahl zwischen Viktor Janukowitsch und Viktor Juschtschenko am 21. November 2004 wurde der Wahlbetrug immer offenkundiger. Die internationale Wahlbeobachtungsmission unter Beteiligung des Europäischen Parlaments kritisierte nicht nur den Ablauf der Wahlen, sondern stellte auch den generellen Willen der zentralen Wahlkommission in Frage, überhaupt demokratische Wahlen abhalten zu wollen.¹⁰ In den darauf folgenden Tagen kritisierten fast alle westlichen Hauptstädte – und ebenso die EU – die ukrainischen Wahlen. Lediglich der Kreml bewertete auch den zweiten Wahlgang als korrekt, woraufhin Putin Viktor Janukowitsch bereits als neuem Präsidenten der Ukraine gratulierte.

Die Massenproteste der ukrainischen Opposition drohten neben der angespannten Lage in der Ukraine immer mehr auch zu einer internationalen Belastung zu werden. Schließlich gelang es, eine Lösung am Verhandlungstisch zu finden. Neben ukrainischen Akteuren, Boris

7 European Parliament resolution on the results of the Ukrainian elections, Resolution P6_TA-PROV(2005)0009 of January 13.

8 Polish president offers support for Ukraine EU entry, Kyiv Post, 11.04.2005.

9 Declaration by the Presidency of the EU on the presidential elections of 31 October 2004 in Ukraine.

10 International election observation mission: Presidential election (Second Round), Ukraine 21 November 2004, Statement of Preliminary Findings and Conclusions, Kyiv, 22. November 2004.

Gryslow, dem Sprecher der russischen Duma, war die EU mit dem polnischen Präsidenten Kwasniewski, dem litauischen Präsidenten Adamkus und Javier Solana exponiert vertreten. Als Lösung wurde ein Paket verabschiedet, das aus einer Wiederholung der Wahlen am 26. Dezember, der Änderung der Verfassung und der Kompetenzverschiebung auf die regionale Verwaltungsebene bestand.¹¹ Mit dem konsequenten Festhalten an demokratischen Standards vor, während und nach den Wahlen unterschied sich der Westen von der russischen Position, die mit allen erdenklichen Mitteln Viktor Janukowitsch, den Kandidaten der Kuchma-Administration, zu unterstützen versuchte.¹²

Auch wenn Kiew fundamentale Fortschritte in Richtung Europa macht, kann die EU derzeit keine über die Nachbarschaftspolitik hinausgehenden Zugeständnisse machen, ohne dabei gleichzeitig die eigene Leistungsfähigkeit zu überschreiten. Der Ausgang der Referenden über die Europäische Verfassung in Frankreich und den Niederlanden signalisiert die internen Schwachstellen der europäischen Integration. Gleichzeitig bedeutet die Zurückweisung der ukrainischen Beitrittsvorstellungen – auch bei möglicherweise fortschreitenden Transformationserfolgen – eine Belastung für Sicherheit und Stabilität in Gesamteuropa. Trotz der anders lautenden Signale aus Brüssel hat der künftige EU-Beitritt oberste Priorität in der Regierung Juschtschenko / Timoschenko.¹³ Trotz Kritik hat die Ukraine dem Aktionsplan der Nachbarschaftspolitik zugestimmt und Maßnahmen für eine zielgerichtete Implementierung innerhalb eines Jahres verabschiedet.¹⁴ Als stellvertretender Premierminister ist Oleh Rybachuk nun zuständig für die europäische Integration der Ukraine. Wie kein anderer Nachbarstaat verdeutlicht die aktuelle Entwicklung in der Ukraine die Leistungsfähigkeit, aber auch die Grenzen der europäischen Nachbarschaftspolitik.

Die Republik Moldau als Herausforderung für das europäische Krisenmanagement

Außenpolitische Priorität der Republik Moldau ist ebenfalls eine Assoziierung mit der Europäischen Union. Die europäische Wahl des Landes und damit verbunden die Abgrenzung von Russland war und ist ein politischer Schwerpunkt des 2005 wieder gewählten Präsidenten Vladimir Varonin. Das dominierende Thema in den europäisch-moldauischen Beziehungen ist die Lösung des Transnistrienkonflikts. Das östlich des Dnjestr gelegene Gebiet mit mehrheitlich russischer und ukrainischer Bevölkerung hat sich nach der Auflösung der Sowjetunion von dem historisch und sprachlich überwiegend rumänisch geprägten moldauischen Kernland abgespalten. Seit einer gewaltsamen Eskalation 1992 versucht die politische Führung in Transnistrien quasi-staatliche Strukturen aufzubauen. Mit der selbsterklärten Autonomie verbinden sich eine lange Liste von Sicherheitsrisiken, wie illegaler Waffenhandel, Schmuggel über die nur schwer kontrollierbaren Grenzen und die militärische Präsenz Moskaus. Schon wegen der geographischen Nähe zu Europa engagiert sich Brüssel verstärkt um eine Lösung des Konflikts. Nach seiner Wiederwahl bemühte sich auch Varonin um einen neuen Ansatz zur Konfliktlösung. Fast zeitgleich ergriff auch Viktor Juschtschenko die Initiative. Getragen von den Interessen der gemeinsamen ukrainisch-transnistrischen Grenze und als Verfechter euro-

11 Timm Beichelt, Rostyslav Pavlenko: The Presidential Election and Constitutional Reform, in: Iris Kempe, Helmut Kurth (Hrsg.): Presidential Election and Orange Revolution. Implications for Ukraine's transition, Kiew 2005, S. 76 ff.

12 Iris Kempe / Iryna Solonenko: International Orientation and Foreign Support, in: The Presidential Election and Constitutional Reform, in: Iris Kempe / Helmut Kurth (Hrsg.): Presidential Election and Orange Revolution. Implications for Ukraine's transition, Kiew 2005, S. 109 ff.

13 <http://www.mfa.gov.ua/integration/>

14 Measures to Implement Ukraine-EU action Plan in 2005. The Cabinet of Ministries of Ukraine, Decision No. 117-r, April 22, 2005 (adopted).

päischer Sicherheitsinteressen stelle der ukrainische Präsident im April 2005 einen neuen Friedensplan vor, der in erster Linie auf der Demokratisierung Transnistriens mit westlicher Unterstützung basiert. Der Plan klammerte jedoch sensible Aspekte, wie die Lösung der Statusfrage und den Abzug der russischen Truppen aus der Region, zunächst aus.¹⁵ Im Westen wie auch in der Republik Moldau wurde der Plan positiv aufgenommen, so dass gegen russische Bedenken eine neue Dynamik zum europäischen Krisenmanagement entstanden ist. Mit diesem Ziel hat der Europäische Rat am 16. März 2005 Adrian Jacobovits de Szeged zum Sonderbeauftragten für die Republik Moldau nominiert, dessen primäre Aufgabe es ist, zur Lösung des Separatismusproblems beizutragen.¹⁶ Auch der EU-Aktionsplan für die Republik Moldau ist primär von den Auswirkungen und Lösungsansätzen des Transnistrienproblems geprägt. Es bleibt jedoch offen, ob die europäische Nachbarschaftspolitik die Westorientierung und Transformation der Republik Moldau nachhaltig genug unterstützt, so dass sich das Land erfolgreich von Russland emanzipieren kann.

Belarus: die letzte Autokratie in Europa

Zusammen mit den Parlamentswahlen am 17. Oktober 2004 ließ der belarussische Präsident Alexander Lukaschenka, wie auch schon 1996, per Referendum über eine Verfassungsänderung abstimmen, die ihm eine Verlängerung seiner Präsidentschaft über zwei Amtszeiten hinaus erlaubt. Laut den amtlichen Angaben wurde das Referendum mit 86,2 Prozent der abgegebenen Stimmen angenommen. Aufgrund von Exit Pols und anderen Wahlbeobachtungen kann aber erheblicher Zweifel an dem demokratischen Charakter der Wahlen insgesamt geäußert werden. Das Referendum konstituierte nicht nur formal das Lukaschenko-Regime, sondern spitzte die Repressionen gegen die demokratische Opposition, die unabhängigen Medien und den privaten Sektor ein weiteres Mal zu. Einige der prominenten Opfer der Vorgehensweise des autokratischen Regimes sind beispielsweise der Kandidat für die 2006 bevorstehenden Präsidentschaftswahlen Michael Statkevich, der wegen der Anstiftung zum Protest gegen das Referendum zu drei Jahren Arbeitslager verurteilt wurde, oder auch der ehemalige Außenhandelsminister und Botschafter Mikhail Marynich, der wegen angeblichen Diebstahls von Büroausstattung der Firma „Dzelavaya Initsyyatyva“ zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Außerdem geht Lukaschenko repressiv gegen Kontakte zu Aktivisten der orangenen Revolution in der Ukraine und zu Vertretern der osteuropäischen Transformationsstaaten vor.

Grundsätzlich hat die Europäische Kommission Belarus in die europäische Nachbarschaftspolitik einbezogen, die künftige Umsetzung aber von der Etablierung demokratischer Standards durch die belarussische Regierung abhängig gemacht. Da sich 2004 die demokratischen Rahmenbedingungen weiterhin verschlechtert haben, sanktioniert die EU das Regime und unterstützt demokratische Akteure. Über die „übliche“ Kritik am undemokratischen Verlauf der Wahlen hinaus, verabschiedete das Europäische Parlament am 10. März 2005 eine Resolution, in der es die EU-Mitgliedstaaten dazu aufforderte, Belarus als Diktatur und Lukaschenko persönlich als Diktator zu bezeichnen, die belarussischen Auslandskonten einzufrieren und den belarussischen Regierungsmitgliedern die Einreise in die Staaten der EU zu verweigern. Auf ihrem Treffen am 16. April 2005 in Luxemburg schlossen sich die europäischen Außenminister weitgehend dieser Forderung an, indem sie das Abrutschen Belarus

15 Alexej Makarin: Juschtschenkos Plan und Kosaks Plan für Transnistrien Regelung, in: RIA Nowosti, 17.06.2005.

16 Appointment of an EU Special Representative for Moldova, Council of the European Union, 23.03.2005. 7023/05 (Presse 53).

in die Diktatur verurteilten. Die Sanktionen gegen das Regime engen die Kontaktmöglichkeiten zwischen der EU und Belarus stark ein. Um damit verbundene negative Effekte für die demokratische Opposition und Zivilgesellschaft zu vermeiden, sucht die Europäische Kommission – unterstützt von der litauischen Regierung – nach neuen Möglichkeiten der technischen Zusammenarbeit und Stärkung demokratischer Akteure. Allerdings ist die praktische Zusammenarbeit auch auf dieser Ebene bis zur Unmöglichkeit erschwert. Aufgrund des Drucks seitens des Regimes ist die Zivilgesellschaft nur schwach entwickelt und hat nur wenige Kontakte ins westliche Ausland. Es fehlt an Sprachkenntnissen und die Unterstützungsmaßnahmen der EU sind derart formal und bürokratisch, dass sie von möglichen Empfängern oftmals gar nicht eingehalten werden können.

Fazit

Die Europäische Nachbarschaftspolitik und das Konzept der vier „Gemeinsamen Räume“ mit Russland signalisieren ein neues Problemverständnis der EU, ihre Beziehungen zu Russland, der Ukraine, Belarus und der Republik Moldau zu entwickeln. Das strategische Denken geht über das Grundkonzept der bisherigen Rahmendokumente, der Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, hinaus und berücksichtigt differenzierter als bisher die Lage in den Nachbarstaaten. Bei der Umsetzung der analytischen Erkenntnisse in strategische Leitlinien und tagespolitische Entscheidungen stößt die EU an die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit. Die Ukraine und die Republik Moldau verknüpfen Fortschritte im demokratischen Wandel mit der Option eines Beitritts in die EU, fühlen sich jedoch von der derzeitigen Nachbarschaftsstrategie Brüssels zurückgewiesen. Die damit einhergehenden Signale belasten den erfolgreichen Verlauf der Transformation. Die europäische Belarus-Strategie verurteilt das Lukaschenko-Regime auf das Schärfste, erreicht umgekehrt die demokratischen Akteure aber nur sehr begrenzt. Die Beziehungen zu Russland drohen sich immer mehr auf eine reine Interessengemeinschaft zu reduzieren. Zwar lassen sich die Differenzen bei den gemeinsamen Normen in den Hintergrund schieben, belasten aber eine nachhaltige Kooperation.

Über die derzeitigen Strategien hinaus ist die Zeit reif für eine „neue Ostpolitik“. Die Verfassungskrise sollte auch ein Anreiz für neues kreatives Denken sein, das eine künftige Erweiterungspolitik nicht generell ausklammert, aber eine neue Debatte über Kosten und Nutzen einer „neuen Ostpolitik“ impliziert sowie die räumlichen und inhaltlichen Grenzen einer differenzierten Erweiterung erörtert. Dabei übernehmen die neuen Mitgliedstaaten eine Schlüsselrolle für die Gestaltung des künftigen Gesamteuropas.

Weiterführende Literatur

Katarzyna Pełczynska-Nałęcs / Alexander Duleba / László Póti / Vladimír Votápek (Hrsg.): Eastern Policy of the Enlarged European Union. Developing Relations with Russia, Ukraine and Belarus, Bratislava 2004.

European Neighborhood Policy Website: http://europa.eu.int/comm/world/enp/index_en.htm

Ernst Piehl / Peter W. Schulze / Heinz Timmermann: Die offene Flanke der Europäischen Union. Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau, Berlin 2005.

Iris Kempe / Helmut Kurth (Hrsg.): Presidential Election and Orange Revolution. Implications for Ukraine's transition, Kiew 2005.

William Wallace: Looking after the Neighbourhood: Responsibilities for the EU-25, Notre Europe, Policy Paper, No. 4, July 2003.